



## *Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen (Gesetz über die Trennung von Amt und Mandat)*

*Gesetzentwurf der Fraktion der AfD*

*- Drucksache 6/1100 -*

### **ERSTE BERATUNG**

#### **Vizepräsidentin Jung:**

Dann stimmen wir jetzt über die Überweisung an den Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten ab. Wer dieser zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Gegenstimmen? Mit einer Mehrheit an Gegenstimmen ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über die Federführung im Haushalts- und Finanzausschuss ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Damit ist die Federführung beim Haushalts- und Finanzausschuss beschlossen.

Ich schließe damit den Tagesordnungspunkt und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5**

## **Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen (Gesetz über die Trennung von Amt und Mandat)**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

- Drucksache 6/1100 -

ERSTE BERATUNG

Wünscht die Fraktion das Wort zur Begründung? Herr Abgeordneter Brandner, Sie haben das Wort.

#### **Abgeordneter Brandner, AfD:**

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf zur Trennung von Amt und Mandat zielt auf eine Stärkung der Demokratie und Stärkung der Gewaltenteilung. Mehr Demokratie also. Dieser Antrag reiht sich damit ein in die vergangenen Initiativen der AfD-Fraktion, wie die Abschaffung der Indexregelung, der Diäten oder zuletzt der Vereinfachung der direkt-demokratischen Verfahren auf kommunaler und Landesebene. Viele andere Anträge in diese Richtung werden noch folgen.

Die Trennung von Amt und Mandat sorgt für eine stärkere Glaubwürdigkeit der Politik, mehr Transparenz und mehr Klarheit. Deshalb ist sie so wichtig für die Stärkung der Demokratie. Der Vertreter

der reinen Lehre – Minister Lauinger hört gerade nicht zu –, der Vertreter der Lauinger-Lehre, also der reinen Lehre, würde begeistert davon sein, wenn er inzwischen von seinen Referenten auf den neuesten Stand gebracht wurde. Er hat sich ja in der letzten Plenarsitzung und auch heute ganz klar wieder für die Gewaltenteilung in Stellung gebracht. Es ist ja auch nicht einzusehen, warum für Minister etwas anderes gelten sollte als zum Beispiel für Staatssekretäre und Richter, die auch kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben dürfen. Wir freuen uns und hoffen auf eine lebhaftere Debatte. Danke schön.

(Beifall AfD)

[...]

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion der SPD hat die Abgeordnete Marx das Wort.

(Zwischenruf Abg. Marx, SPD: Wir hatten es zurückgezogen!)

Dann erhält Herr Abgeordneter Brandner, AfD-Fraktion, das Wort.

**Abgeordneter Brandner, AfD:**

Meine Damen und Herren! Herr Scherer, Herr Blechschmidt, bei so viel Kritik, da gruselt es einem fast vor dem eigenen Gesetzentwurf, muss ich Ihnen sagen.

(Zwischenruf Abg. Scherer, CDU: Zu recht!)

(Zwischenruf Harzer, DIE LINKE: Ziehen Sie es zurück! Ziehen Sie es zurück!)

(Heiterkeit und Beifall CDU, DIE LINKE)

Ich habe richtig Gänsehaut bekommen. Herr Scherer, bei Ihnen habe ich mich gewundert, wie schnell Sie – es war absehbar, zu welchem Ergebnis Sie kommen – bei Populismus waren. Es hat kaum drei Wörter gedauert, da war der Populismus da.

(Beifall AfD)

Dann haben Sie sich hier wie ein kleines Kind über Beifall von der falschen Seite gefreut. Da war ich auch, muss ich sagen, ein bisschen entsetzt. Das unterstreicht mal wieder das Kartell der Altparteien hier, die dann sofort mit der großen Keule auf uns draufhauen, sobald wir irgendwas beantragen, was vernünftig ist, was eigentlich durchweg der Fall ist.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Lieber alt als doof!)

Da muss ich Ihnen sagen, dass wir keinen Fürsten mehr haben, das mag formell so sein. Fürst Bodo ist gerade nicht hier, sage ich mal. Aber es entwickelt sich da was am Horizont, was sich durchaus zu einem übersteigerten Fürstentum, zu einem roten Zaren vielleicht sogar, entwickeln könnte.

(Heiterkeit und Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Mit Prinzessin Hennig-Wellsow!)

Die kurze Begründung, Herr Scherer, ist auch darauf zurückzuführen, dass alle anderen Parteien außer Ihrer Partei genau wissen, worüber wir reden. Ich komme gleich dazu. Das betrifft nämlich auch so ein bisschen den Herrn Blechschmidt, der sich hier zu irgendwas geäußert hat. Da habe ich heute Äußerungen – genauso wie ich gestern Äußerungen vermisst habe zur Pressefreiheit in der DDR, Herr Blechschmidt, dazu hätte ich auch gern was von Ihnen gehört – vermisst, was Ihre Parteitagebeschlüsse angeht. Ich zitiere mal die Grünen am 29.11.2014 in Apolda: „Wir halten das gleichzeitige Ausführen eines Regierungsamts und eines Abgeordnetenmandats für grundsätzlich unvereinbar.“ Jetzt waren die Grünen noch nicht dran mit reden, also ich vermute mal, Sie stimmen uns dann gleich zu,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, ganz bestimmt nicht!)

(Beifall AfD)

zumindest, wenn ich Ihnen dann Ihren Beschluss wieder ins Gedächtnis rufe. Die Linken, Beschluss 2. Tagung des 1. Landesparteitags 2008 in Sömmerda: „Der Landesparteitag Thüringen der Partei DIE LINKE verpflichtet InhaberInnen von Landtagsmandaten, die als VertreterIn der Partei ein Ministeramt übernehmen, ihr Landtagsmandat der Partei wieder zur Verfügung zu stellen.“ Herr Blechschmidt, haben Sie das genauso vergessen wie die Ausführung zur Pressefreiheit in der DDR?

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Und? Und? Und?)

(Beifall AfD)

Wie sagt man? Lügen haben kurze Beine, Blechschmidt, zeig, wie lang sind deine, kann ich da nur sagen.

(Unruhe DIE LINKE)

Die SPD – wo ist das kümmerliche Häufchen da drüben – das Gleiche.

(Heiterkeit und Beifall AfD)

Der Landesparteitag im Oktober 2014: Der Landesverband Thüringen fordert künftige SPD-Ministerinnen und -Minister der Landesregierung auf, sofern sie ein Landtagsmandat haben – wann auch sonst – mit der Ernennung zum Regierungsamt das Landtagsmandat zurückzugeben. – Frau Taubert, ich weiß nicht, ob Sie das auch verinnerlicht haben.

Sie befinden sich hier, liebe CDU-Fraktion, auf ganz ganz einsamem Posten. Wir haben mit den anderen recht und wir werden mit den anderen wahrscheinlich Sie heute niederstimmen. Freunden Sie sich jetzt schon mal mit diesem Gedanken an, was dann passiert.

(Beifall AfD)

(Heiterkeit CDU)

Meine Damen und Herren, nach diesem kurzen Exkurs in die Gemeinsamkeiten von Ramelow-Block und der AfD zur Sache. Die Trennung steht im Mittelpunkt der Überlegungen zur Fortent-

wicklung der Demokratie. Das Parlament ist das einzig demokratisch legitimierte Verfassungsorgan. Vor diesem Hintergrund sollte es der Wille aller hier Hineingewählten sein, das Parlament und die Parlamentarier gegenüber der Regierung zu stärken und für eine saubere Trennung zu sorgen. Also, Herr Scherer, keine Verschränkung, sondern eine Trennung, genauso, wie es auch vorgesehen ist.

Abgeordnete auf der Regierungsbank fehlen für die parlamentarische Arbeit. Sehen Sie, bei der SPD klafft ein Loch und bei den Grünen klafft auch ein Loch. Da fehlen zwei Abgeordnete, die, was die Grünen betrifft, jetzt auch nicht auf der Regierungsbank sitzen, also scheinbar gibt es auch noch andere Aufgaben dann, wenn man sowohl Abgeordnete als auch Regierungsmitglied ist und weder das eine noch das andere macht.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also, das Beispiel hatte ich hier jetzt nicht vorgesehen, ich dachte, Frau Siegesmund würde eins von beiden machen, sie macht heute gar nichts von beiden. Frau Siegesmund, schönen Feierabend! Ich rede trotzdem weiter. Die SPD und die Grünen können ein leidvolles Lied davon singen. Ich sage nur Taubert und Siegesmund, die eben gerade nicht bei ihren Fraktionen sind. Jeder Abgeordnete, der auf die Regierungsbank wechselt und sein Mandat behält, schwächt das Parlament und schwächt auch seine Fraktion. Das Parlament verfügt im Spannungsverhältnis zur Regierung aber bereits über weniger personelle und finanzielle Möglichkeiten. Das wissen insbesondere die Fraktionen, die nicht an der Regierung beteiligt sind.

Es sind die Parlamentarier, die den Bürgern für ihre Fragen und Interessen zur Verfügung stehen. Dafür sollte das Parlament auch die nötigen Kräfte besitzen und sich nicht selber dadurch schwächen, dass es gestattet, dass Minister auch gleichzeitig Abgeordnete sind. Einzig die Trennung von Amt und Mandat gewährleistet die saubere Abgrenzung der Verantwortungsbereiche. Jene Abgeordnete, die die Gesetze beschließen, sollen sie nicht unmittelbar danach regierungsseitig, also in der Exekutive, ausführen. Und jene Regierungsmitglieder, die für die Vorlagen und Gesetzentwürfe verantwortlich sind, sollen nicht zugleich auch über ihre eigenen Vorlagen, also in eigener Sache, abstimmen. So, wie es zurzeit läuft, ist es keine Gewaltenteilung im wirklichen Sinne. Und eine solche Praxis läuft dem Gedanken der Gewaltenteilung auch so, wie er ja in den letzten Tagen von Herrn Lauinger vertreten wurde, grundsätzlich zuwider.

Es gilt für die Zukunft, den Dualismus zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit zu stärken. Jetzt hören Sie genau zu, vor allem von da und Sie auch teilweise! Das Parlament darf nicht Claqueur der Exekutive sein. Die Minister und Regierungschefs bringen als Abgeordnete ihre Hausmehrheiten mit und beschließen mit diesen Stimmen dann Regierungspolitik. Ein offener Dialog zwischen Regierung und Parlament kommt bei solchen Verhältnissen nicht zustande. Damit sich aber zwei starke Verfassungsorgane in Machtbalance gegenüberstehen, müssen die personellen Schnittmengen abgeschafft werden. Und das geschieht genau dann, wenn die Trennung von Amt und Mandat, so wie von fast allen Parteien, außer von der CDU, gewünscht, Wirklichkeit und Wahrheit wird.

(Beifall AfD)

Die Trennung von Amt und Mandat würde darüber hinaus die Stellung hier im Parlament viel deutlicher machen. Schade, dass Frau Siegesmund nicht da ist. Ich sage trotzdem was dazu. Angenommen, eine Abgeordnete, zum Beispiel der Grünen, und Mitglied der Landesregierung tätig im Plenum einen Zwischenruf. Welcher Funktion ist der Zwischenruf dann zuzurechnen? Ist es ein möglicherweise unerlaubter Zwischenruf der Landesregierung? Oder tätig die Dame den Zwi-

schenruf als Abgeordnete?

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben ja Probleme!)

Dann darf sie aber nicht auf der Regierungsbank sitzen. Solche Vorfälle gab es schon in der vergangenen Zeit. Frau Siegesmund hat sich da immer so ein bisschen gewunden. Der Herr Hoff hat auch schon Feierabend offenbar. Der Herr Hoff hat sich da auch ziemlich gewunden. Aber das wäre natürlich eine klare Grenzziehung zwischen Abgeordneten und Regierung. Die Probleme, Herr Adams, habe ich, Gott sei Dank, noch nicht, aber möglicherweise in nicht allzu ferner Zukunft. Und ich würde mich dann genauso entscheiden, wie hier beantragt.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben andere Probleme!)

(Beifall AfD)

Eine Trennung von Amt und Mandat tritt schließlich der Versorgungsmentalität hier entgegen. Bekanntlich haben wir Abgeordnete bereits nach sechs Jahren Anspruch auf eine Traumrente von zurzeit 1.300 Euro im Monat. Dafür müssen normale Menschen draußen Jahrzehnte lang arbeiten. Wenn diese Menschen das Gefühl bekommen, die Abgeordneten halten nur deshalb an ihrem Mandat fest, um sich die Pension zu sichern, ist das der Demokratie und ihrer Akzeptanz nicht gerade zuträglich.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So wie Ihre Rede!)

Jetzt kann man sagen, das sind alles nur philosophische Überlegungen, die ich hier anstelle,

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber ein krasses Beispiel, ein ganz krasses Beispiel – Frau Rothe-Beinlich, Sie müssten jetzt eigentlich auch richtig rot werden im Gesicht, es geht nämlich um Ihre Fraktion –, ein krasses Beispiel für Mandatsmissbrauch, allein wegen der Sicherung von Rentenansprüchen, findet sich leider hier im Landtag – heute gerade nicht, dieses Beispiel ist unterwegs, aber grundsätzlich ist es, dieses Beispiel, dem Landtag zugehörig – ausgerechnet bei den sonst so uneigennütigen Grünen. Diese Uneigennützigkeit, Frau Siegesmund, hören Sie zu, wo Sie auch immer sind, hört bei Ihnen offenbar da auf, wo sich das Portemonnaie befindet.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben ja überhaupt keine Ahnung!)

Das finde ich nicht gut und das finde ich auch unredlich. Deshalb fordere ich Frau Siegesmund – ich hoffe, Sie hört zu oder Sie richten es ihr aus – auf, ihr Mandat sofort abzugeben, und nicht wie angekündigt in zwei Wochen, wenn sie ihre sechs Jahre und einen Tag um hat. Frau Siegesmund, der Steuerzahler und der Wähler haben es verdient, dass Sie sofort Ihr Mandat niederlegen und hier ganz ehrlich Kante zeigen, dass es Ihnen nicht auf Pensionsansprüche ankommt.

(Beifall AfD)

Das heißt nichts anderes, als dass die Trennung von Amt und Mandat auch der Gier, Ihrer Gier liebe Grüne, nach den Rentenansprüchen entgegenwirken würde und somit auch einen positiven haushalterischen Aspekt hätte.

Meine Damen und Herren, ich sprach zu Beginn von Glaubwürdigkeit und bin gespannt – die Spannung, muss ich sagen, ist jetzt nach dem Scherer-, Blechschmidt- und geahnten Marx-Zwischenwurf schon etwas zurückgegangen –, ob bei den Parteien – ich schaue mal in Ihre Richtung –, die Sie alle die entsprechenden Beschlüsse gefällt haben, die Trennung von Amt und Mandat heute bejaht wird. Sie wird es bislang nicht, die Grünen kommen noch dran. Ich habe leider den Verdacht – und das stand tatsächlich hier schon in meinem Entwurf –, dass Sie sich inhaltlich damit nicht auseinandersetzen, sodass wieder Ihre üblichen abgedroschenen Phrasen kommen. Ich hatte mir hier aufgeschrieben „Populismus“ – der war schon –, ich vermisse noch den Sexismus, Frau Henfling, den Rassismus, Frau Rothe-Beinlich. Dann vermisse ich noch die umfassende Parlamentsreform, auf die Sie verweisen, Frau Rothe-Beinlich, und von der immer noch nur lediglich zwei Wasserspender zu sehen sind, die vor den Türen stehen. Auf der anderen Seite kann es natürlich auch sein, dass Sie nun durch meine Rede ein bisschen beseelt in sich gehen und auf dem Weg zum Rednerpult genau das machen, was Sie Ihren Wählern und Ihrem Klientel seit Jahren versprechen, nämlich genau das Gegenteil vom dem, was Sie nun offenbar vorhaben.

(Beifall AfD)

Guten Mutes bin ich schließlich vor allem nach der Ältestenratssitzung, die gerade stattgefunden hat, nach dem Glückspielgesetzdesaster der CDU. Guten Mutes bin ich, dass wir einer Tradition dieses Parlaments nun entsprechen werden und zumindest die Ausschussüberweisung beschließen. Ich beantrage diese an den Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz. Danke schön.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Abgeordnete Rothe-Beinlich das Wort.

[...]

**Vizepräsidentin Jung:**

Es gibt eine weitere Wortmeldung des Abgeordneten Brandner.

**Abgeordneter Brandner, AfD:**

Ja, meine Damen und Herren, ich melde mich öfter zu Wort, dafür rufe ich dann weniger dazwischen.

Frau Rothe-Beinlich, vielen Dank zunächst mal dafür, dass nicht Sexismus, Rassismus oder Parlamentsreform kam. Da habe ich mich so ein bisschen verschätzt bei Ihnen. Sie scheinen doch nicht so kalkulierbar zu sein, wie ich mir das gedacht habe. Allerdings, so ein paar Sachen, muss ich richtigstellen. Sie haben vielleicht nicht ganz den Antrag sich vorlesen lassen, so wie er gestellt wurde. Es geht um die Trennung von Amt und Mandat.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Im Gegensatz zu Ihnen kann ich selber sehr gut lesen!)

Frau Rothe-Beinlich, ja, dann haben Sie aber da vielleicht etwas Falsches gelesen. Es geht hier um die Trennung von Amt und Mandat und nicht, wie von Ihnen dargestellt, um die Trennung von

Mandat und Beruf. Darüber können wir natürlich auch diskutieren und dann bringen Sie den entsprechenden Antrag ein oder den entsprechenden Änderungsantrag und dann reden wir über die Trennung von Mandat und Beruf. Aber darum geht es hier und heute nicht.

Ja, wenn Sie auf meinen Rechtsanwaltsberuf ansprechen, dann habe ich das so verstanden, der Rechtsanwalt ist ja nun weder Amt noch Mandat oder sehen Sie das anders? Also ich sehe das so.

Was den Herrn Krumpe angeht, man soll über Abwesende nicht reden – Sie haben damit angefangen –, aber ich kann Ihnen sagen, Sie sollten nicht alles glauben, was der Herr Krumpe erzählt. Zumindest insoweit sollten Sie sich vielleicht von Ihrer Kollegin Henfling abgrenzen, die ihm ja fast zu Füßen liegt,

(Beifall und Heiterkeit AfD)

sage ich immer mal, aber Sie sollten da möglichst kritischer rangehen und nicht alles glauben, was der Ihnen erzählt.

Glauben Sie mir, genau wie ich auch gelegentlich mal daneben liege,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wem von der AfD kann man denn glauben?)

bei Kollegen Krumpe ist das noch öfter der Fall.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sparen Sie sich Ihre Verächtlichkeiten!)

Einigkeit, Frau Rothe-Beinlich, können wir vielleicht dahin gehend erzielen, dass heute nicht der 15.10. ist. Und wenn ich gesagt habe: Frau Siegesmund, geben Sie Ihr Mandat heute zurück – sie sitzt ja tatsächlich bei Ihnen, das hat ja schon ein bisschen was genutzt –, dann heißt das natürlich heute und nicht in 14 Tagen. So einfach ist das.

(Beifall AfD)

Heute ist nicht der 15.10. und genau das ist doch die Frage. Frau Rothe-Beinlich, begründen Sie doch einfach mal, warum es Frau Siegesmund heute ankündigt, am 15.10. das Mandat zurückzugeben oder warum sie nicht heute ankündigt, heute das Mandat zurückzugeben. Das hat genau diese Gier nach Rentenansprüchen im Rücken und nichts anders. Frau Siegesmund möchte locker ein paar Steuergelder für die nächsten Jahre einsacken und das wars.

(Beifall AfD)

Und was Sie da zuletzt beschlossen haben mit der Einjahresübergangsfrist, das war nichts anders als die „Lex Siegesmund“, die Sie da beschlossen haben, um Frau Siegesmund einen gleitenden Übergang in Pensionsansprüche sicherstellen zu lassen. Das ist unredlich, was anderes habe ich gar nicht zu sagen. Danke schön.

(Beifall AfD)



**Vizepräsidentin Jung:**

Es gibt eine weitere Wortmeldung, Abgeordneter Blechschmidt.

[...]

**Abgeordnete Jung, DIE LINKE:**

Frau Abgeordnete Marx, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Brandner?

Abgeordnete Marx, SPD:

Aber immer.

**Abgeordneter Brandner, AfD:**

Da nehme ich Sie beim Wort, Frau Marx.

Jetzt nur einmal, ich hatte ja schon mal vor einigen Wochen ergebnislos den Kollegen Adams gefragt, wo wir genau die Ausführungen zum Wahlbetrug finden. Können Sie uns da auf die Sprünge helfen?

**Abgeordnete Marx, SPD:**

Es ist kein Wahlbetrug. Ein Wahlbetrug im Wortsinne wäre es nicht, das würde ja zur Anfechtung der Wahl berechtigen. Aber es ist möglicherweise eine Täuschung des Wählers, wenn man einem Abgeordneten vorschreibt, der ein Ministeramt übernimmt, dass er dann auf keinen Fall mehr Abgeordneter sein kann. Wenn das so wäre, dann wäre es ehrlicher, dass die Spitzenkandidaten oder die Minister oder Ministerpräsidentenkandidaten von vornherein gar nicht auf Listen stehen. Das hätte aber noch einen weiteren Nachteil, über den Sie sich sicherlich auch noch keine Gedanken gemacht haben: Das wären dann reine Parteisoldaten, die sozusagen ohne jedes Votum von Bürgerinnen und Bürgern in ein Amt kämen. Aber vielleicht ist Ihnen das ja sympathisch.

(Unruhe AfD)